

Unentwegt bei dem hohen Ziel!

Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Arbeitsgemeinschaft waren heute bei dem Grafen Clam-Martinic, um ihn zu fragen, „wie sich die Regierung zu der Einberufung des Reichsrates stelle“, die schon dadurch, daß das Mandat des Abgeordnetenhauses im Juli abläuft, an einen Zeitpunkt gebunden ist. Der Herr Ministerpräsident scheint über die Frage einigermaßen erstaunt gewesen zu sein. Er habe darüber doch in seiner „ersten und einzigen“ Regierungserklärung gesprochen, und neue Erklärungen abzugeben erachte er „nicht für notwendig“; da er eben an dieser „ersten und einzigen“ „unentwegt festhalte“ und er, wenn er „von der bisher eingenommenen Stellung abgehen wollte“, die Parteien doch „rechtzeitig davon in Kenntnis setzen würde“. Dagegen ist nichts zu sagen; Graf Clam-Martinic ist für die Sparsamkeit eben auch bei Regierungserklärungen, und da er schon einmal eine „abgegeben“ hat, so ist nicht einzusehen, wie man dazu kommt, ihn mit „erneuten“ Fragen zu behelligen. Nur darüber, daß die „erste und einzige Regierungserklärung“ „hinsichtlich der Stellung der Regierung zum Parlament doch in unzweideutigster Weise Aufklärung geboten habe“, möchten wir uns ein Wort erlauben, natürlich nur soweit es dem bescheidenen Untertanen ziemt. Jene Regierungserklärung waren folgende Sätze: „Die Herstellung voller verfassungsmäßiger Zustände, die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen dazu, die Ebnung des Weges zum Parlament wird das hohe Ziel der Regierung bilden.“ Das war alles und daß die Regierung damit „in unzweideutigster Weise Aufklärung geboten habe“, scheint uns das allgemeine Bedürfnis nach Aufklärung doch einigermaßen zu unterschätzen. Man erfuhr nichts darüber, was eigentlich die Regierung an „Voraussetzungen“ ins Auge fasse, nichts darüber, warum da Voraussetzungen „notwendig“ sein sollen, nichts darüber, was nach der Meinung der Regierung den Weg zum Parlament versperren, nichts darüber, wodurch er geebnet werden könnte; man erfuhr nichts und erfährt nichts. Man weiß nur, daß die Regierung erklärt habe, „die Herstellung voller verfassungsmäßiger Zustände werde das hohe Ziel der Regierung bilden“. Das ist natürlich höchst erfreulich, und daß die Regierung daran unentwegt festhält, daß ihr das „hohe Ziel“ nicht verlorengehe, steigert nur die Genugtuung. Aber daß wir dem Reichsrat dadurch näher kämen, kann leider nicht behauptet werden. Denn als Graf Clam-Martinic aus dem Reiche der Spekulation zu der nüchternen Frage zurückkehrte, wann auf die Einberufung wohl gerechnet werden könnte, antwortete er, einen Zeitpunkt könne er „derzeit noch nicht festlegen“. Wir fürchten sehr, die Regierung werde ihr „hohes Ziel“ noch lange behalten.

Es ist tiefbedauerlich, daß ein Mann, dem man Einsicht und Klugheit nachrühmt, wie es bei dem Grafen Clam-Martinic so reichlich geschieht, nicht

Reichsrat verringern, je länger mit der Einberufung gezögert wird, je mehr er mit Voraussetzungen belastet, je mehr er eben in Frage gestellt wird. Umgekehrt: wenn man den Reichsrat nimmt als das Selbstverständliche, als das, was nicht bloß sein kann, sondern sein muß, wenn man die Einberufung nicht als Geschenk oder Gunst erachtet, sondern als Verpflichtung anerkennt, so wird wieder sein Dasein gesichert und vor Zweifel und Mißtrauen bewahrt, die sich sonst wie Mistau auf sein Wirken legen. Was man mit der Ausschaltung des Reichsrates erreicht hat, ist doch nur, daß sich die Völker auf innerpolitischen Gebiet in Kälte und Fremdheit gegenüberstehen, und das ist vielleicht noch schlimmer und gefährlicher, als wenn sich die Parteien im Abgeordnetenhause zanken und raufen. Dieses aufgezwungene Schweigen, dieses Minieren gegeneinander, dieser verbissene Kampf auf den Hintertreppen, das alles mag die äußerliche Ruhe unangetastet lassen, die jetzt so ungebührlich geschätzt wird, aber Gesundung ist es nicht und zur Gesundung führt es nicht. Da wir den Glauben nicht aufgeben wollen, daß es der Graf Clam-Martinic mit seinem „hohen Ziele“ ernsthaft meint, so beklagen wir es tief, daß er sich von kurzfristigen Ratgebern auf eine falsche Bahn drängen läßt und auf die Stimme derjenigen, die es mit dem Reichsrat ehrlich meinen, nicht hören will. Wie wird er dastehen, wenn sich das, was er als die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen angesehen hat, nicht bewährt und wenn sein Werk auf den geebneten Weg nicht führt? Das möge er bedenken.

Man kann das Reden verbieten, aber das Denken nicht. Und daß sich die Oesterreicher darüber keine Gedanken machen sollten, da sie alle Parlamente der Welt während des Krieges im Vollbesitz ihrer Rechte sehen, Tag um Tag über die Verhandlungen im ungarischen Reichstag, im deutschen Reichstag, im preussischen, im bayrischen Abgeordnetenhause, in der türkischen Kammer, in der Sobranje in Bulgarien lesen, vom englischen Unterhause, von der französischen Kammer, der russischen Duma ganz zu schweigen, wenn sie sehen, daß die verantwortlichen Staatsmänner überall von der Parlamentstribüne über die ersten und wichtigsten Angelegenheiten der Nation Aufschluß geben, und damit nun den Zustand in Oesterreich vergleichen — daß sie sich dann über den Zustand ihres Vaterlandes nicht Gedanken machen sollen, das ist, der hergebrachten Gleichgültigkeit in Oesterreich ungeachtet, denn doch ausgeschlossen. Erwägen wir nur etwa dieses: Der Graf Clam-Martinic ist nun länger als zwei Monate im Amte und er hat zu den Völkern, die er führen soll und deren Geschicke er leitet, noch kein Wort sprechen können! Das ist ein Gleichnis, aber ein Gleichnis, das jedermann verständlich ist. Dieser Zustand drückt uns tief herab, und der verantwortliche Staatsmann sollte wohl erkennen, daß er unbedingt und unverzüglich beseitigt werden muß.

Kämpfe mit U-Booten

„Am 1. d. M. ist ein U-Boot in der Nordsee gesichtet worden.“

„Am 2. d. M. ist ein U-Boot in der Nordsee gesichtet worden.“